

# Die Systemfrage

## Ein System ist nur so gut, wie man es umsetzt

Immer wenn das Thema Bildungs- oder Schulpolitik aufkommt, wird die Systemfrage recht schnell gestellt. Doch welche Auswirkung hat überhaupt das Schulsystem oder welchen Effekt gar ein Systemwechsel? Die Fragestellung muss, nach Ansicht des Landesschülerbeirats, von einem anderen Standpunkt aus gesehen werden. Priorität und der Fokus müssen auf dem ganzheitlichen Bildungsansatz, der qualitativen Umsetzung und dem Ergebnis liegen.

Das separierende Schulsystem in Baden Württemberg hat in unseren Augen nur dann seine Berechtigung, solange es Chancengleichheit und individuelle Förderung tatsächlich garantiert. Dabei muss sich die Schulstruktur den Bedürfnissen der Schülerschaft Bedürfnissen anpassen und nicht umgekehrt. Schulischer Erfolg darf nicht vom sozialen Hintergrund abhängen. Schule muss als integrativer Raum begriffen werden, der für einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt einer multikulturellen und pluralisierten Gesellschaft sorgt. Die Qualität der Bildung darf nicht daran gemessen werden, ob Schüler die Leistung erbringen, Massen an Informationen aufzusaugen, um diese wiederzugeben. Denn auf eine Ebene mit dem Fachlichen muss die Vermittlung von sozialen und methodischen Kompetenzen gestellt werden. Schülerinnen und Schüler brauchen Raum um eine selbstständig denkende Persönlichkeit entwickeln zu können, die den Herausforderungen der Lebenswelt im 21. Jahrhundert gewachsen ist.

Zwar ist die erfolgreiche Umsetzung all dieser Anforderungen, also die Realisierung von Chancengleichheit und individueller Förderung, die Herstellung eines gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Vermittlung von sozialen und methodischen Kompetenzen auch strukturbedingt, dennoch entzieht sich der Landesschülerbeirat bewusst einer Systemdebatte, in der plakativ die starke Separierung der Idee einer Gesamtschule gegenübersteht. Wir sehen uns nicht als Verteidiger eines der beiden Systeme, sondern vielmehr als Ratgeber, der Lösung zu anbietet , wie die vorhandene Struktur sich den Bedürfnissen der Schüler

anpassen muss. Es geht uns um Gerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und die qualitativ hochwertige Umsetzung eines erweiterten Bildungsbegriffs. Um dies zu erreichen, sehen wir den Bedarf, noch mehr Geld in die Bildung zu investieren und gewisse Strukturen und Prozesse derart zu reformieren, dass der Schülerinnen und Schüler mit ihren Bedürfnissen noch mehr im Mittelpunkt stehen.

Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums schaffte neue Hürden für einen Schulwechsel auf allgemeinbildende Gymnasien. Obwohl gerade die Durchlässigkeit des Schulsystems versucht Chancengleichheit in einem separierenden System herzustellen, wird diese durch G8 wesentlich eingeschränkt. Die Hürden für einen Schulwechsel müssen gesenkt werden, nicht nur im gymnasialen Bereich. Und Schüler, die auf eine höhere Schulart wechseln, müssen durch landesweit eingeführte Aufbauklassen aufgefangen und individuell gefördert werden. Eine effektive Erhöhung des Personalschlüssels ermöglicht der Lehrerschaft, jeden Einzelnen individuell wahrzunehmen und auf ihn einzugehen. Qualität entsteht, wenn Lehrerinnen und Lehrer idealerweise versuchen, nicht mehr als 20 Schülern gleichzeitig einen ausgewogenen Mix aus Inhalt, Sozialem und Methodik zu vermitteln. Die derzeitige Senkung des Klassenteilers auf 28 Schüler ist für uns ein „Schrittchen“ in die richtige Richtung.

Volle Bildungspläne im Gymnasium und eine mangelnde pädagogische Qualifikation der Lehrkräfte erschweren die Vermittlung von sozialen und methodischen Kompetenzen. Dabei ist beispielsweise das Erlernen von Methoden im Umgang mit Medien und Wissen sowie soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Toleranz und die Entwicklung einer starken Persönlichkeit unverzichtbar für den weiteren beruflichen, aber auch privaten Werdegang.

Eine frühe Separierung nach der vierten Klasse ist noch immer eine ungerechte Trennung der Kinder aus bildungsfernen, sozial schwächeren Gesellschaftsschichten von Kindern mit einem höheren Lebensstandard. Wir sehen die Gefahr, dass diese frühe Trennung Parallelgesellschaften entstehen lässt und der soziale Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, zunehmend an Substanz verliert. Zudem ist die verbindliche Grundschulempfehlung, trotz der angeblichen Durchlässigkeit, eine zu starke Vorherbestimmung individueller

Bildungsbiographien. Schülerinnen und Schüler aus sozial schwächeren Familienverhältnissen sind nachweislich strukturell benachteiligt. Deswegen befürwortet der Landesschülerbeirat Konzepte des längeren gemeinsamen Lernens bis zur 6. Klasse. Wir erhoffen uns daraus einen längeren Zeitraum zur individuellen, aber integrativen Beschulung und Förderung und eine faire Grundschulempfehlung zu einem späteren Zeitpunkt. Eltern sollen früher verbindliche Beratungsgespräche über den Leistungsstand ihrer Kinder wahrnehmen, um gegebenenfalls bei Dissens über die Grundschulempfehlung die Entscheidung selbst mit ihrem Kind treffen zu können. Sechs Jahre integratives Lernen bedeutet Toleranz gegenüber jeglicher „Andersartigkeit“ zu entwickeln. Dies ist angesichts einer multikulturellen, multireligiösen und pluralistischen Gesellschaft von Kindesalter an erforderlich. Wir sprechen uns dafür aus, dass nach der Grundschule schulartübergreifender Beschulung in kreativen Unterrichtsformen wie Kunst, Sport oder Musik stattfindet. Dazu vorhandene Ansätze sollen verstärkt im ganzen Land Anwendung finden.

Pädagogische Bildungskonzepte und die Strukturen des Schulsystems müssen flexibel sein. Innovative Unterrichtsplanung, neue didaktische Methoden und neurologische Erkenntnisse müssen Raum bekommen, erprobt und umgesetzt zu werden. Dabei kommt den Modell-, Pilot- und Schulen in freier Trägerschaft eine zentrale Rolle zu. Neue Konzepte, die in Modellschulen erprobt werden, dürfen nicht aus mangelnder Übereinstimmung zur „bildungspolitischen Landesdoktrin“ untersagt oder behindert werden. Denn alternative Ideen sind legitim. Eine innovative Weiterentwicklung der Bildungslandschaft zur Anpassung an eine sich wandelnde Gesellschafts-, Arbeits- und Familienwelt ist nötig. Auch die Schulen in freier Trägerschaft tragen zur Vielfalt der Schullandschaft bei. Selbst wenn sich deren pädagogischer Ansatz und ihre Schulkultur sich von staatlichen Schulen unterscheiden, die Qualitätsanforderungen aber erfüllt werden, hält der Landesschülerbeirat eine erhöhte Finanzierung durch das Land für angemessen. Eine finanzielle Entlastung der Schulen in freier Trägerschaft käme auch denjenigen Schülern zugute, die sich ein Schulgeld nicht leisten können. Finanzielle Aspekte dürfen kein Ausschlusskriterium sein, wenn Schüler eine

Schulart nach einem bevorzugten Modell besuchen möchten.

Die Weiterentwicklung der Schule vor Ort wird durch den Kurs der Landesregierung, mehr Selbstständigkeit an den Schulen zuzulassen, unterstützt. Die Idee, dass Schulen mehr Handlungsspielraum erhalten, ihre Ressourcen und Infrastruktur auf lokale Bedingungen anzupassen, ist ebenfalls unterstützen. Allerdings setzt die erfolgreiche Umsetzung dieser Eigenständigkeit mehr finanzielle Zuweisungen und Deputate und mehr Bereitschaft und Kompetenz diese Handlungsspielräume zu nutzen, voraus. Dabei sind alle am Schulleben beteiligten Organe wie Schulleitung, Lehrerkollegium, SMV und Elternbeirat herausgefordert. Eine flächendeckende Selbst- und Fremdevaluation, die in Zielvereinbarungen mit den schulischen Behörden „auf einer Augenhöhe“ münden soll, ist ein wichtiges Element der Qualitätsentwicklung.

Der Ausbau der Ganztagschulen ist ein Beispiel, wie sich die Schulstruktur auf veränderte Familien- und Arbeitsbedingungen und damit auf veränderte Bedürfnisse der Familien und Schüler anpassen kann. Ein ganzheitliches pädagogisches Konzept mit abwechslungsreichen, ausgeglichenen und attraktiven Chancen zum Lernen, zur freizeithchen Beschäftigung und zur Erholung sollte landesweit erstellt werden. Das Modell der Ganztagschulen ermöglicht es, die Schule stärker als Lebensraum zu vermitteln, der von allen Beteiligten gestaltet wird. Es entstehen neue Möglichkeiten des sozialen Miteinanders. Gerade die Begegnungen auf nicht-fachlicher, sondern auf freizeithcher Ebene in politischen, kulturellen, sportlichen oder künstlerischen Gruppen soll durch Kooperationen mit externen Akteuren ermöglicht werden.

Ein vielfältiges Programm zum Lernen innerhalb und außerhalb des Unterrichts soll verstärkt Module zur Vermittlung von sozialen und methodischen Kompetenzen einbinden. Ganztagschulen stellen neue Anforderungen an die Schulinfrastruktur, beispielsweise in Bezug auf eine gesunde Ernährung in der Mensa. Dies geht mit einem erhöhten Finanzierungsbedarf durch Land und Schulträger einher. Dennoch lohnt sich dieser Ausbau, auch um Schüler mit sozial schwächerem Hintergrund in ein vielfältiges Freizeitprogramm einzubinden und ihrem individuellen Förderbedarf entgegen zu kommen.